



Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg

Informationsvorlage

Drucksachen Nr.: INF/VIII/0106

Gegenstand: Aufhebung eines Sperrvermerks im Haushaltsplan 2026 für das Budget für Präventionsarbeit

Behandlung: öffentlich

Einreicher: Oberbürgermeister

Beratung	Sitzungs- datum	Abstimmungsergebnis				Bemerkungen
		Ja	Nein	Enth.	Bef.	
Kultur- und Sozialausschuss	19.05.2026					beraten
Finanzausschuss	20.05.2026	-	-	-	-	Benehmen wurde hergestellt

Neubrandenburg, 04.05.2026

gez. Nico Klose
Oberbürgermeister

Kenntnisnahme/Sachverhalt:

Im Haushaltsplan 2026 wurde im Teilhaushalt 4, Produkt 1.1.1.30 (Verwaltung Fachbereich 3), das eingestellte Budget für Präventionsarbeit (kommunale Krisenprävention i. H. v. 100,0 TEUR) mit einem Sperrvermerk in voller Höhe versehen. Die Sperre kann durch die Verwaltung aufgehoben werden. Als Voraussetzung zur Aufhebung des Sperrvermerks ist das Benehmen mit dem Kultur- und Sozialausschuss sowie dem Finanzausschuss herzustellen. Die Aufhebung des Sperrvermerks wird angestrebt, um die Beauftragung eines externen Trägers mit der Umsetzung der Handlungsempfehlungen vornehmen zu können.

Finanzielle Auswirkungen:

Durch die Aufhebung des Sperrvermerks ist die Inanspruchnahme der für die Präventionsarbeit geplanten Auszahlungsansätze i. H. v. 100,0 TEUR im Haushaltsplan 2026 möglich.

Begründung:

1. Ausgangslage

Die Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg verfügt über zahlreiche präventive Angebote. Prävention findet in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen statt und wird von Schulen, Jugendhilfe, Vereinen, Beratungsstellen sowie kommunalen Einrichtungen getragen. Die thematische Breite reicht von Gesundheits- und Gewaltprävention über Sicherheits- und Sozialprävention bis hin zu Integrations- und Teilhabeförderung. Ein Grundangebot ist vorhanden, allerdings besteht derzeit keine zentrale Koordination oder strategische Steuerung der bestehenden Präventionsangebote.

2. Sachstand

Zur Erhebung der aktuellen Situation wurden Fachgespräche geführt sowie bestehende Angebote und Bedarfe systematisch erhoben. Der Austausch mit relevanten Akteuren - insbesondere Gesundheitsamt, Beratungsstellen und Schulen – unterstreicht die hohe Bedeutung der Prävention sowie den Bedarf an einer strategisch abgestimmten Weiterentwicklung. Besonders im Bereich der Gesundheitsprävention (Sucht, Drogen und psychische Gesundheit) besteht ein erhöhter Handlungsbedarf.

Die Rückmeldungen aus 14 Neubrandenburger Schulen zeigen große Unterschiede: Während einige Schulen über breite Angebotsstrukturen verfügen, setzen andere nur einzelne Maßnahmen um. Die Schulsozialarbeit stellt hierbei eine zentrale Säule dar, da externe Fachkräfte (z. B. Polizei, Gesundheitsamt, Beratungsstellen) nur begrenzt verfügbar sind.

Bedarfe bestehen insbesondere in den Bereichen psychosoziale Gesundheit, Ernährung, Bewegung sowie Gewaltprävention. Eine zentrale Herausforderung ist die geringe Erreichbarkeit von Eltern, wodurch die Nachhaltigkeit von Präventionsmaßnahmen eingeschränkt wird.

Beratungsstellen leisten einen zentralen Beitrag zur Präventionsarbeit, stoßen jedoch aufgrund hoher Auslastung zunehmend an ihre personellen Grenzen. Insbesondere die Suchthilfezentrum gGmbH und die Caritas im Norden tragen wesentlich zur Suchtprävention und psychosozialen Unterstützung bei.

Im fachlichen Austausch mit diesen Akteuren wurden zentrale Handlungsanforderungen deutlich: bestehende Angebote müssen vorrangig gesichert werden, Präventionsmaßnahmen sind langfristig anzulegen (Wirkungszeiträume von 2–3 Jahren), Eltern sollten frühzeitig und gezielt eingebunden werden, Multiplikator*innen sind stärker zu qualifizieren

und einzubeziehen. Zudem ist eine konsequent sozialraumorientierte und vernetzte Arbeitsweise erforderlich. Einigkeit besteht darin, dass kurzfristige Einzelmaßnahmen keine nachhaltige Wirkung entfalten und keinen strukturellen Präventionsbedarf decken können.

Insgesamt zeigen sich strukturelle Defizite, insbesondere in der ungleichen Verteilung der Angebote, der fehlenden Koordination, begrenzten personellen Ressourcen, der geringen Einbindung von Eltern sowie dem Mangel an langfristig angelegten Steuerungsstrukturen. Der tatsächliche Bedarf wird dadurch nur teilweise gedeckt.

3. Handlungsempfehlungen

Zur Sicherstellung einer wirksamen und nachhaltigen Präventionsarbeit wird die Einrichtung eines Präventionsbüros bei einem externen Träger als zentrale Informations-, Koordinations- und Steuerungsstelle empfohlen.

Die Einrichtung dieser Struktur ist erforderlich, um die derzeit fragmentierte Präventionslandschaft in Neubrandenburg verbindlich zu bündeln, strategisch auszurichten sowie zusätzliche Angebote zu initiieren.

Die Laufzeit dieses Projektes sollte, um die gewünschte Wirkung und Nachhaltigkeit zu erzielen, mit mindestens 3 Jahren angesetzt und regelmäßig evaluiert werden.

Ziele des Projektes:

- Es soll ein Präventionsplan erstellt werden, der alle Akteure und Angebote darstellt.
- Daraus ableitend sollen messbar mehr und regelmäßiger Präventionsangebote entwickelt werden.
- Diese Angebote sollen ganzheitlich wirken und auch Eltern und andere Bezugspersonen mit berücksichtigen.
- Hilfesuchende sollen besser an Beratungsangebote vermittelt werden.

Das Präventionsbüro übernimmt insbesondere folgende Aufgaben:

- Koordination und Bündelung vorhandener Präventionsangebote
- Stärkung der Zusammenarbeit im Sozialraum
- Stärkung der Arbeit mit Eltern
- Qualifizierung und aktive Einbindung von Multiplikator*innen
- Aufbau verbindlicher Netzwerkstrukturen im Sozialraum
- Sicherstellung niedrigschwelliger Zugänge zu Hilfsangeboten
- Aufbau nachhaltiger und langfristiger Strukturen

Die Angebote richten sich an Kinder und Jugendliche, Eltern sowie pädagogische Fachkräfte – darunter Lehrkräfte, Schulsozialarbeitende und Erzieher*innen, Mitarbeitende von Jugend- und Freizeiteinrichtungen.

Inhaltliche Schwerpunkte sind: Sucht- und Drogenprävention, psychische Gesundheit, Gewaltprävention und Gesundheitsförderung.

Die Umsetzung des Präventionsbüros erfolgt in Form eines Projektes und in enger Anbindung an bestehende Beratungsstrukturen, um Ressourcen zu bündeln, Doppelstrukturen zu vermeiden und bestehende Fachkompetenzen gezielt zu nutzen. Zur Umsetzung dieser Aufgaben sollen innerhalb des Projektes zwei halbe Stellen (1,0 VZÄ) gebildet werden.

4. Fazit

Die Analyse zeigt, dass Präventionsarbeit in Neubrandenburg derzeit nicht ausreichend koordiniert, strukturell abgesichert und strategisch gesteuert ist. Ohne zentrale Steuerung bleiben Maßnahmen fragmentiert, abhängig von Einzelakteuren und in ihrer Wirkung begrenzt.

Eine nachhaltige und wirksame Präventionsarbeit ist ohne eine zentrale Koordinationsstruktur nicht erreichbar. Wirksame Prävention erfordert ausreichende personelle Ressourcen, verbindliche Kooperationen, langfristige Planung und sozialraumorientierte Strukturen.

Das Präventionsbüro stellt hierfür einen zwingend erforderlichen strukturellen Baustein dar. Seine Einrichtung ist daher ein strategisch notwendiger Schritt zur Sicherung einer wirksamen, nachhaltigen und zukunftsfähigen Präventionsarbeit in Neubrandenburg.

Klimarelevanz:

Auswirkungen auf den
Klimaschutz

ja, positiv*

ja, negativ*

nein

*Erläuterung: